

## Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Sitzungstermin:** Dienstag, 12.06.2007  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:15 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Mecklenburg, Rico

#### **SPD-Fraktion**

Burfeind, Heidrun  
Götze, Horst  
Pohlmann, Marianne  
Schulze, Kai-Uwe  
Swieter, Benjamin  
Wessels, Johann

für Horst Jahnke

#### **CDU-Fraktion**

Bongartz, Helmut  
Orth, Petra

#### **FDP-Fraktion**

Ammersken, Heino  
Eilers, Hillgriet

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Schild, Walter

für Bernd Renken

#### **Fraktion DIE LINKE.**

Koziolak, Stephan-Gerhard

#### **Verwaltungsvorstand**

Lutz, Martin Erster Stadtrat

#### **von der Verwaltung**

Büsker, Wilhelm  
Mansholt, Dieter  
Stomberg, Beate  
Wiers, Harald  
Willms, Artur

#### **Protokollführung**

Rauch, Agnes

## Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Mecklenburg** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Mecklenburg** erklärt, Herr Lutz habe darum gebeten, den Tagesordnungspunkt 6 „Quartalsberichtsergebnis zum 31.03.2007“ vor dem TOP 5 „Eckdatenbeschluss für das Haushaltsjahr 2008“ zu behandeln.

**Beschluss:** Gegen die geänderte Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 25.04.2007

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 25.04.2007 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Eckdatenbeschluss für das Haushaltsjahr 2008  
Vorlage: 15/0321

**Herr Lutz** entschuldigt vorab die kurzfristige Fertigstellung dieser Beschlussvorlage.

Er stellt zunächst einmal fest, dass er in einer Wirtschaftszeitung gelesen habe, die Kommunen würden in Geld „schwimmen“. Das sei keinesfalls richtig. Zwar gehe es der Stadt Emden gar nicht so schlecht, dennoch würde sie keinesfalls in Geld „schwimmen“. Die Stadt Emden sei

## **Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation**

kein Wirtschaftsunternehmen, sondern habe für ihre Bürger eine Daseinsfürsorge zu betreiben und für Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Straßen und Schwimmbäder zu sorgen. Vielmehr sei sie die demokratisch legitimierte Selbstverwaltung der Bürger, die auch bestimmte vom Rat festgelegte freiwillige Aufgaben zu erfüllen habe. Man müsse feststellen, dass Alle durch die Schaffung von Gemeingut ihren Nutzen daraus ziehen könnten. Ob das auch im nächsten Jahr noch so sein werde, bleibe abzuwarten.

Weiter erklärt er, er habe eine Prognose für die Gewerbesteuer gemacht und geprüft, wie sich die Unternehmenssteuerreform auf die Stadt Emden auswirken werde. Die Unternehmenssteuerreform sei eine der größten Steuerreformen, die es in Deutschland je gegeben habe. Viele Unternehmen, die derzeit fast 40 % an Steuern zahlten, würden nachher unter 30 % liegen. Das sei auch das Ziel des Gesetzgebers gewesen. Dadurch würden die Kommunen belastet werden. Der Bundesfinanzminister schätze selber etwa 2 Mrd. € Belastungen bei den Kommunen, die zunächst einmal wieder hereingeholt werden müssten. Man habe zwar die Hoffnung, dass die Konjunktur tatsächlich anziehe. Ob diese Hoffnung berechtigt sei, werde sich Ende 2008 zeigen. Positiv sei es dagegen, wenn die Unternehmen in dieser Stadt wirtschaftlich florierten und die Arbeitsplätze gesichert seien. So bekomme die Stadt die Steuergelder, die sie benötige, um das Defizit aus dem letzten Jahr zu decken und die Schulden auch tatsächlich abbauen zu können. Auch sehe er den gebrochenen Trend an Privatisierungen bei den Kommunen positiv. In den Eckwerten 2008 scheinen sich die Erwartungen wirklich zu erfüllen.

Herr Lutz erläutert dann anhand einer PowerPoint-Präsentation ausführlich die Eckwerte für das Haushaltsjahr 2008 im Einzelnen. Diese Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt sowie im Internet im Bürgerinformationssystem unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einzusehen.

**Herr Mecklenburg** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Bongartz** bemerkt, es sei schon aufgrund der Vorankündigungen zu vermuten gewesen, dass der Eckdatenbeschluss ausgeglichen ende. Auch habe der Kämmerer die Inhalte des Eckdatenbeschlusses mitgeteilt. Dennoch sei es die vordringlichste und wichtigste Angelegenheit des Rates, den Haushalt aufzustellen und festzulegen, wo verantwortungsvoll investiert werden könne und müsse.

Weiter erklärt er, es sei ihm aufgefallen, dass es ein permanenter Versuch der Verwaltung sei, so zu tun, als würde der Ausbau der Osterstraße in diesem Jahr nicht mehr begonnen. Im Haushalt 2007 hätten alle Parteien festgelegt, dass mit dem ersten Bauabschnitt in der Osterstraße im Jahre 2007 begonnen werde. Da sei die Verwaltung im Wort. Nun habe er gesehen, dass als erstes Geld 400.000 € in 2008 eingestellt worden sei. Da er nicht wisse, was veranlasst worden sei und ob bereits Ausschreibungen laufen würden, betone er ausdrücklich, rechtzeitig mit dem ersten Bauabschnitt in der Osterstraße im Jahr 2007 zu beginnen.

**Herr Lutz** erklärt, er habe lediglich festgestellt, dass für das Jahr 2008 für die Osterstraße 400.000 € vorhanden seien. Er habe nicht gesondert erwähnt, dass bereits im Jahr 2007 250.000 € für die Osterstraße im Haushalt eingestellt worden seien.

**Herr Swieter** bedankt sich für die Erläuterungen und bittet darum, die Vorlage an die Fraktionen zu verweisen, um darüber beraten zu können.

**Herr Ammersken** führt aus, der Rat konsolidiere und investiere seit einigen Jahren und scheine im Jahre 2007 sehr erfolgreich damit zu sein. Er sei sich sicher, dass der Rat auch im Jahre 2008 diesen Weg weiter verfolgen werde, sodass von daher auch das eine oder andere im investiven Bereich unabhängig von der Liste in den Haushalt aufgenommen werde. Im Hinblick

## Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

auf das Ziel, Emders Arbeitslose verstärkt in Arbeit zu bringen, würde er sich wünschen, dass diese Maßnahme auch im Haushalt finanziell unterfüttert werde.

**Herr Lutz** entgegnet, es seien KMU-Mittel wieder in die Hand genommen worden, um dieses Projekt ein wenig zu unterstützen. Es soll versucht werden, Schulen so auszustatten, dass damit auch der Unterricht optimiert werden könne. Nur wer eine gute Schulausbildung habe, habe auch später eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Er weist darauf hin, im nächsten Jugendhilfeausschuss werde der derzeitige Planungsstand bezüglich des Umgangs mit den Schülern der Cirkensaschule vorgestellt, um deren Chancen zu verbessern. Dieses sei im Eckwertebeschluss noch nicht beinhaltet, da die konkreten Umsetzungsschritte zunächst geplant werden müssten.

**Herr Schild** fragt an, wie die Gegenfinanzierung von Drittmitteln in Einklang zu bringen sei mit der Vorgabe, „Maß zu halten“.

**Herr Lutz** antwortet, zum Beispiel bei der Sozialen Stadt bekomme die Stadt Emden 60 % Förderung. Dieses sei auf jeden Fall sinnvoll angelegtes Geld. Die Verwaltung habe in ihren Vorschlägen darauf geachtet, bei möglichen Förderprojekten auch Geld zu bekommen.

**Frau Eilers** erkundigt sich, wie sie sich es vorstellen müsse, vorrangig Emders gegenüber den Leuten aus der Umgebung in Arbeit zu bringen.

Auf die Frage von **Herrn Koziolik** nach der Höhe der Gesamtschuldentilgung erklärt **Herr Lutz**, die Nettoschuldenrückführung würde 156.000 € betragen. Es würden Gelder aufgenommen werden, um günstigere Konditionen zu erlangen. Insgesamt seien 1,7 Mio. € für die Tilgung veranschlagt. Somit seien 10 % tatsächlich Schuldenrückgang. Die parallele Zinsleistung betrage im Verwaltungshaushalt ca. 2,7 Mio. €.

Weiter führt er aus, hinsichtlich der Arbeitslosen könne die Stadt Emden nicht sicherstellen, dass nur Emders Arbeitslose die Arbeitsplätze bekommen würden. Allerdings könnten die Emders Arbeitslosen so qualifiziert werden, dass sie bessere Chancen hätten. Es gäbe ein Gesetz zur allgemeinen Gleichstellung von Menschen. Danach sei jeder gleich. Es sei die Aufgabe der Stadt Emden, in den Schulen für Qualifizierungen zu sorgen. Gerade Berufsausbildungen müssten für Emders positiv sein. In Emden verzeichne man auch eine erhöhte Anzahl von alleinerziehenden Frauen. Man müsse versuchen, ihnen im Hinblick auf die Unterbringung ihrer Kinder zu helfen. Ebenfalls sei eine Maßnahme der ARGE erfolgreich gelaufen, jungen Menschen den Hauptschulabschluss zu ermöglichen, ohne den sie keine Chance auf dem Arbeitsmarkt hätten. Dieses seien Punkte, an denen man legalerweise arbeiten dürfe. Jedoch könne die Stadt Emden nicht nur Leute einstellen, die in Emden wohnen würden. Das sei nur in ganz wenigen Ausnahmefällen wie z. B. bei der Feuerwehr möglich.

**Herr Bongartz** ergänzt, die beste Möglichkeit, die es gäbe, die Emders Arbeitslosen in Arbeit zu bringen, sei, damit anzufangen, als Stadt zu investieren. Diese Chance komme auf die Stadt zu, in dem weiter der Haushalt konsolidiert werde und der wirtschaftliche Aufschwung hier herkomme. Durch eine deutlich höhere Menge an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze habe man auch die echte Möglichkeit, die Emders Arbeitslosen zu vermitteln. Es sei die Aufgabe des Rates und der Verwaltung, dafür zu sorgen, die Wirtschaft zu bedienen, Arbeitsplätze in der Wirtschaft zu aktivieren und selber zu investieren. Diese Erfahrungen habe man über viele Jahre gemacht.

**Beschluss:** Verweisung an die Fraktionen

**Ergebnis:** einstimmig

## Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**TOP 6**                      Quartalsberichtsergebnis zum 31.03.2007  
Vorlage: 15/0318

**Herr Mansholt** erklärt, bei der Haushaltsplanung gehe man in diesem Jahr von einem Defizit von knapp 2,7 Mio. € aus. Anhand der im ersten Quartal gemachten Prognosen der Fachbereiche könne man nunmehr von einem erwarteten Defizit von 2,3 Mio. € ausgehen. Dieses sei erfreulich, zumal in den Vorjahren im ersten Quartal relativ schlechte Prognosen abgegeben worden seien.

Herr Mansholt erläutert anschließend ausführlich die Vorlage und erklärt die Prognosen der einzelnen Fachbereiche, Stabstellen, den Baubetrieb sowie die sonstigen Betriebe.

Abschließend führt er aus, im Finanzbudget werde eine gewisse Verbesserung erwartet. Wie sich dieses über das Jahr gerechnet tatsächlich darstelle, müsse abgewartet werden. Auch gehe die ARGE davon aus, dass sie mit ihrem Budget auskomme. Wenn man sich das zusammenfassend betrachte, werde aufgrund einer erhöhten Einnahmeprognose davon auszugehen sein, dass insgesamt ein etwas besseres Ergebnis erzielt werde, als das Haushaltssoll es zunächst hatte erwarten lassen.

**Herr Lutz** ergänzt, im zweiten Quartal werde sich aufgrund eines bis zu zehn Jahre zurückliegenden Einzelfalles die Einnahmesituation verbessern. Aus diesem Grunde würde er die Prognose wagen, dass davon auszugehen sei, dass Ende des Jahres der Haushalt ausgeglichen gestaltet werden könnte. Das setze aber tatsächlich voraus, dass auf der anderen Seite die Ausgaben konstant gehalten würden. Man habe eine Verbesserung der Einnahmen, die auch dringend benötigt würden. Das Defizit des Jahres 2007 müsse ansonsten auch im Jahr 2009 beglichen werden. Wenn die derzeitige Prognose eintrete, dann stünde der Verwaltungshaushalt 2009 deutlich besser da.

Auch könne man im ersten Quartal erkennen, dass sich die Gesamtlage deutlich verbessert habe. Der Rückgang der Gewerbesteuer, der über die Jahre immer festzustellen gewesen sei, sei offensichtlich aufgefangen. Von daher sei es durchaus realistisch, dass Ende des Jahres das eingeplante Defizit nicht mehr vorhanden sei. Auch bekomme man in der Zukunft wieder die Möglichkeit, zu investieren und zu agieren.

**Herr Mecklenburg** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Bongartz** stellt fest, dieses seien sehr erfreuliche Nachrichten. Auch sei ersichtlich, dass es sich ausgezahlt habe, an der Haushaltsdisziplin festzuhalten und die konservative Steuereinschätzung durchzustehen.

Er möchte sich für seine Fraktion bei der Verwaltung bedanken, dass diese hinsichtlich der gemachten Forderungen so hartnäckig geblieben sei. Er appelliere an alle, jetzt nicht wegen des ausgeglichenen Haushalts in Euphorie zu verfallen. Es müsse nunmehr damit begonnen werden, gemeinsam zu versuchen, die Schulden abzubauen. Dieses gehöre auch zur Generationengerechtigkeit.

**Herr Ammersken** schließt sich seinem Vorredner in weiten Teilen an und spricht ebenfalls seinen Dank aus. Es habe sich gezeigt, dass die Fraktionen in Zusammenwirken mit der Verwaltung während der Haushaltsberatungen wirklich vernünftig gearbeitet hätten. Auch hätte man es

## Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

geschafft, einige Investitionen in diesem Haushalt anzuschieben. Dass jetzt diese zusätzlichen Einnahmen in die Schuldentilgung fließen würden, halte er für sinnvoll.

**Herr Swieter** bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung. Wie bereits gesagt, habe man mit diesem gemeinsam beschlossenen Haushalt zum einen erreicht, langfristig in einen normalen Bereich zu kommen, Schulden zu tilgen und damit auch handlungsfähig zu bleiben. Zum andern konnten auch neue Investitionen getätigt werden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

**TOP 7** Änderung der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ausschüsse der Stadt Emden;  
Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 11.05.2007  
Vorlage: 15/0322

**Herr Koziolk** erklärt, der Antrag sei falsch interpretiert worden. Seine Fraktion habe den Antrag nur auf die Ratssitzungen bezogen. Ihm sei schon klar, dass es zu Schwierigkeiten bei den Fachausschüssen kommen werde.

**Herr Büüsker** trägt vor, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei als „Antrag zur Tagesordnung bei der Ratssitzung“ gestellt worden und man habe diesen als Antrag für die nächste Ratssitzung verstehen können. So sei es von der Verwaltung auch aufgefasst worden.

Weiter bemerkt er, wenn für die Ratssitzung die Möglichkeit einer aktuellen Fragestunde geschaffen werde, müsse dieses auch für die Fachausschüsse gelten. Die Verwaltung sehe es als problematisch an, wenn der Ausschussvorsitzende zu Beginn der Sitzung auf Fragen eingehen und beurteilen müsse, ob es eine Frage zu einem aktuellen Thema sei. In dem Antrag habe die Fraktion DIE LINKE. selber angeführt, dass in den Sitzungen keine Antworten verlangt würden. Jeder Einwohner habe jedoch die Möglichkeit, sich an die Verwaltung zu wenden und Fragen und Anregungen einzureichen. Diese würden dann auch zeitnah beantwortet. Abschließend betont er, die Verwaltung spreche sich gegen eine Änderung der Geschäftsordnung aus.

**Herr Bongartz** stellt heraus, auch seine Fraktion sei dagegen, die Geschäftsordnung zu ändern. Aktuelle Dinge könnten in den Fraktionen besprochen werden. Außerdem würden alle Fraktionen Bürgersprechstunden anbieten. Auch die Verwaltung habe eine Bürgersprechstunde und die Fachbereiche stünden auch zur Verfügung. Daher sei er der Ansicht, es sei nicht zwingend erforderlich, irgendwelche aktuellen Probleme in den Rat hineinzuziehen.

**Frau Eilers** bemerkt, sie habe den Antrag auch so wie die Verwaltung verstanden. Diese Umsetzung sei sicherlich problematisch. Dennoch müsse man feststellen, dass die Einwohnerfragestunden nicht optimal laufe und man das Gefühl habe, diese sei nicht bürgernah. In Zukunft müsse man sich darüber unterhalten, ob es nicht einen Weg gebe, das zu verbessern. Sie könne sich vorstellen, dass die Bürger Fragen stellten, die unter dem Tagesordnungspunkt Anfragen von den Ratsmitgliedern wieder aufgegriffen würden.

**Herr Swieter** schließt sich vom Grundsatz her seinen Vorrednern an. Seiner Meinung nach sei der Antrag in dieser Form abzulehnen, da die Bürgernähe durch die gegebenen Möglichkeiten schon vorhanden sei.

## Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Herr Schild** schließt sich den Ausführungen von Frau Eilers an. Er sei der Meinung, die Bürger sollten bei der Ratssitzung die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen, die nicht unbedingt sofort beantwortet werden müssten, sondern in die zuständigen Ausschüsse geleitet und dort beantwortet würden. Aus diesem Grunde befürworte er grundsätzlich den Antrag.

**Herr Lutz** stellt fest, dass die Geschäftsordnung keine „aktuelle Fragestunde“ – wie von der Fraktion DIE LINKE. beantragt - vorsehe, habe den Grund, sicherzustellen, dass letztendlich eine Sitzung aufgrund einer Fülle von Fragen nicht mehr geführt werden könne. So sei es bereits in anderen Bundesländern geschehen. Daher habe man sich darauf beschränkt, nur zu den Themen, die auf der Tagesordnung stünden, Fragen und Anregungen zuzulassen. Letztendlich habe aber jeder Bürger die Möglichkeit, sich an die Vertreter der Fraktionen zu wenden. Anhand der Anträge und Anfragen der Ratsmitglieder sei dieses auch erkennbar. Hier bekomme der Bürger die Antwort zügiger, als wenn er bis zur nächsten Ratssitzung warten müsse. Von daher schlage er vor, die Einwohnerfragestunde in der bisherigen Form beizubehalten.

**Frau Eilers** bemerkt, es gehe darum, welche Möglichkeiten der Bürger habe, sich öffentlich zu äußern. Zwar könne er immer ein Ratsmitglied ansprechen, doch hätte er in der Ratssitzung ein Forum.

**Herr Lutz** entgegnet, der Bürger äußere sich in den Wahlen. Der Bürger könne das vorhandene parlamentarische System u. a. durch die Sammlung von Unterschriften für einen Bürgerentscheid beeinflussen. Jedoch würde es kein allgemeines Diskussionsrecht geben. Es gehe auch nicht darum, politische Aussagen auszutauschen, sondern darum, von der Verwaltung oder vom Rat eine politische Meinung zu hören bzw. sich Auskünfte zu holen.

**Herr Koziolk** erklärt, er ziehe seinen Antrag in der jetzigen Form zurück und werde einen geänderten Antrag bei der Verwaltung einreichen.

**Herr Mecklenburg** stellt abschließend fest, dass die Fraktion DIE LINKE. den Antrag zurückziehe und für die nächste Sitzung einen neuen Antrag stelle.

**Beschluss:** Von der Antragstellerin zurückgezogen

**Ergebnis:** Von der Antragstellerin zurückgezogen!

**TOP 8** Sonnenschutz im Verwaltungsgebäude III;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 13.04.2007  
Vorlage: 15/0323

**Herr Ammersken** betont, natürlich müsse für einen Blendschutz im Sinne der dort tätigen Mitarbeiter gesorgt werden. Da seine Fraktion jedoch dem neuen Verwaltungsgebäude eher etwas skeptisch gegenüber gestanden habe, interessiere es ihn, ob es ggf. zu Mehrkosten gekommen sei. Da dieses nicht der Fall sei, stelle sich jetzt die Frage, ob die betroffenen Fachdienste vorab von der entsprechenden Maßnahme informiert worden seien und dieses in den jeweiligen Budgetplanungen berücksichtigen konnten.

## **Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation**

**Herr Bongartz** führt aus, die Frage bezüglich der Blendungswirkung habe sich schon relativ früh nach dem Einzug ergeben. Im Februar habe er sich diesbezüglich mit Frau Tempel unterhalten, die ihm mitgeteilt habe, dass der erforderliche Blendschutz zu Lasten der einzelnen Fachdienste, die in diesem Gebäude untergebracht seien, gehen werde.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 9** Novellierung des Nds. Rettungsdienstgesetzes;  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.05.2007  
Vorlage: 15/0324

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 10** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen vor.

**TOP 11** Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.